



Hauptausgabe

Berner Zeitung
3001 Bern
031/ 330 33 33
www.bernerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 39'367
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Seite: 11
Fläche: 15'292 mm²

Auftrag: 1081252
Themen-Nr.: 999.033

Referenz: 69682910
Ausschnitt Seite: 1/1

Institutionen

Verband fordert eine einheitliche Finanzierung

SPITÄLER Der Tarmed-Streit hindere die Spitäler daran, Patienten effizient zu behandeln, findet der Spitalverband H+. Er fordert eine einheitliche Finanzierung ambulanter und stationärer Behandlungen.

Die Defizite in den Spital- und Klinikambulatorien belaufen sich laut dem Spitalverband H+ auf mittlerweile 900 Millionen Franken im Jahr. Gleichzeitig erwarte man vom ambulanten Bereich, dass er gegenüber den mit einem Spitalaufenthalt verbundenen Behandlungen an Bedeutung zulegen müsse, schreibt der Verband. Das heutige Tarmed-System blockiere sinnvolle Entwicklungen, etwa in der ambulanten Chirurgie, kritisierte H+-Präsidentin und Nationalrätin Isabelle Moret (FDP, VD) am Dienstag in Bern vor den Medien. Im ambulanten Bereich schrieben die Spitäler Defizite, beispielsweise in der Kinder- oder in der Altersmedizin.

Der Verband kritisiert zudem die «politisch motivierten Eingriffe» des Bundesrates in den Tarmed. Solche Eingriffe seien mit den heutigen gesetzlichen Grundlagen zulässig, führte Moret aus. Tarifpartner könnten zudem via den Bundesrat Druck

ausüben, wenn ihnen ein Verhandlungsergebnis nicht passe.

Hoffnung in Kantone

H+ fordert deshalb Änderungen im Krankenversicherungsgesetz (KVG), nicht zuletzt, um die festgefahrenen Tarmed-Verhandlungen zu deblockieren. Namentlich stört den Verband das Vetorecht, mit dem einzelne Tarifpartner heute Anpassungen am Tarmed-System verhindern können. Der Verband will zudem, dass sämtliche Akteure ihre Daten offenlegen müssen. Das fordert eine Initiative der Gesundheitskommission des Nationalrates von 2017, die die Ständeratskommission aber abgelehnt hat. Nicht zuletzt fordert H+ eine einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Behandlungen. Während im ambulanten Bereich Krankenkassen bezahlen müssen, werden Rechnungen für Spitalaufenthalte von Kassen und Kantonen beglichen.

H+ hofft, die Kantone für eine einheitliche Finanzierung gewinnen zu können. Dies könnte Fehlanreize im System und die Tarifkrise überwinden, ist H+ überzeugt. Die Gesundheitsdirektoren der Kantone stehen einer solchen Vereinheitlichung aber skeptisch gegenüber. *sda*